

Instrumente Des Individuellen Grundrechtsschutzes In Der Russischen Foederation Eine Rechtsvergleichende Betrachtung Studien Zum Internationalen Europaeischen Und Oeffentlichen

This book intends to discuss the ethical questions of counter-terrorism for the military, with an emphasis on its counter-terrorist role in our home countries.

English summary: The concept of the law is one of generality. However, this concept has been forgotten. There is no adherence to specific claims to generality in the German Basic Law and in European law. The promise of freedom has always been a part of general law. This promise is addressed to the community based on the rule of law and supplements the constitutional protection in individual cases. Today, technological progress, social expectations and close intergovernmental cooperation pose a challenge to lawmaking and legal coordination. The lawmaker often reacts to this with an abundance of regulations and with the supposed legal security given by a special law. Gregor Kirchhof shows how the generality of the law could become an important guarantor for parliamentary democracy and human rights.

German description: Die Idee des Gesetzes ist die der Allgemeinheit. Dieser ideengeschichtliche Befund droht in Vergessenheit zu geraten. Ausdruckliche rechtliche Allgemeinheitserfordernisse werden kaum beachtet. Gesetz ist das, was das rechtsetzende Organ als Gesetz erlasst. Dieser formale Gesetzesbegriff beschreibt die Kernkompetenz des Parlaments. Doch lauft er Gefahr, das grosse Freiheitsversprechen zu vernachlassigen, das von alters her im allgemeinen Gesetz ruht. Gleichheit ist nur vor einem allgemeinen Gesetz moglich. Das allgemeine Gesetz erganzt den vom Einzelfall bestimmten Grundrechtsschutz. Die Gesetzesallgemeinheit starkt die Gestaltungskraft der Gesetze und damit die Demokratie. Gregor Kirchhof fragt in einer Zeit, in der anspruchsvolle Rechtsetzungsauftrage zu erfullen sind, nach der Allgemeinheit des Gesetzes, nach einem notwendigen Garanten der Freiheit, der Gleichheit und der Demokratie.

Gesetze mit Vorspruchen zu versehen, ist eine Praxis, die sich gerade im europaischen Recht grosster Beliebtheit erfreut. Dabei kann die Verwendung von Praambeln auf eine lange Tradition zuruckblicken: Bereits Platon erklarte in seinen "Nomoi", warum Gesetzen Praambeln vorangehen sollten und auch die deutsche Geschichte ist reich an Praambeln. Doch welchen Zweck erfullen Praambeln? Dienen sie lediglich der Einleitung, der Vorbereitung auf das, was kommt, der Auslegung oder haben sie eine echte rechtliche Wirkung? Auf der Suche nach einer Antwort zu dieser Frage fur den Bereich, der zur Zeit unser aller Leben mitbestimmt - dem europaischen Primarrecht - gibt die Verfasserin einen

Read Book Instrumente Des Individuellen Grundrechtsschutzes In Der Russischen Foederation Eine Rechtsvergleichende Betrachtung Studien Zum Internationalen Europaeischen Und Oeffentlichen

Überblick über die Funktionen und die Geschichte von Präambeln. Sie untersucht die Präambeln des europäischen Primärrechts vom gescheiterten Verfassungsvertragsentwurf bis hin zur Europäischen Grundrechtecharta und dem Vertrag von Lissabon. Anschließend analysiert sie, ob sich aus der Präambelpraxis im deutschen und französischen Recht über Art. 6 Abs. 3 EUV eine gemeinsame Verfassungsüberlieferung der Mitgliedstaaten ergeben kann, die als allgemeiner Grundsatz Teil des Unionsrechts ist. Aus alledem ergibt sich hinsichtlich der normativen Wirkung von Präambeln im europäischen Primärrecht ein klares Bild, welches insbesondere aktuell aufgrund der EU-Schuldenkrise an Bedeutung gewinnen kann.

In seinem Urteil zur Vorratsdatenspeicherung hat der Europäische Gerichtshof aus Art. 6 GRCh jungst ein eigenständiges Grundrecht auf Sicherheit abgeleitet. Er setzt damit die bisher vor allem auf nationaler Ebene zu beobachtende Vergrundrechtlichung der Sicherheitspolitik auch auf europäischer Ebene fort. Indes erweist sich Sicherheit soziologisch und politologisch betrachtet als besonders aushandlungsbedürftiges Schutzgut. Sebastian Leuschner kritisiert vor diesem Hintergrund im Allgemeinen und mit Blick auf die Cybersicherheit im Besonderen die Idee von der Sicherheit als Inhalt grundrechtlicher Schutzansprüche im Unionsrecht. Er zeigt ihre Widersprüche zu den unionsverfassungsrechtlichen Prinzipien der Demokratie und Gewaltenteilung auf und entwickelt hierzu eine grundrechtsdogmatische Alternative: den unionsrechtlichen Sicherheitsgrundsatz als Grundsatz im Sinne des Art. 52 Abs. 5 GRCh.

English summary: Social security and private contingency risks insurance are essential elements of the welfare state. The concept of insurance and the idea of equivalence in insurance relationships have been a topic of discussion since the emergence of modern insurance and social security systems. Astrid Wallrabenstein studies these discussions, and looking at these from the current perspective of administrative and constitutional law she shows what questions have arisen and have still not been answered. These questions are related to the organization and supervision of insurance. They can be approached as a question of the state's obligation to guarantee that certain results are achieved through regulation. As an example of this, the author looks at the organization of the health insurance system in Germany. It is however also necessary to justify redistribution of wealth within such social insurances. This justification is possible if there is an individualistic approach to human rights, an approach which requires justification for any redistribution of wealth, but also allows for justification by the public interest which is pursued by regulated insurance. German description: Versicherungen, sowohl Sozialversicherungen als auch private Versicherungen gegen Lebensrisiken, sind Bausteine des Sozialstaats. Bereits zur Entstehungszeit moderner Versicherung und Sozialversicherung lassen sich in der deutschen Rechts- und Wirtschaftswissenschaft Diskussionen nachweisen, die sich in ihrem Grundanliegen bis

Read Book Instrumente Des Individuellen Grundrechtsschutzes In Der Russischen Foederation Eine Rechtsvergleichende Betrachtung Studien Zum Internationalen Europaeischen Und Oeffentlichen

heute gehalten haben. Astrid Wallrabenstein schildert und interpretiert die Debatte um den Versicherungsbegriff, der besonders um 1900 zu intensiven Kontroversen über den Versicherungscharakter der Sozialversicherung geführt hat. In der Bundesrepublik verlagerte sich die Auseinandersetzung auf die Bedeutung von Äquivalenz in der Sozialversicherung. Die Autorin spürt den verschiedenen Interpretationen und Funktionen von Äquivalenz im privaten Versicherungsrecht und im Sozialversicherungsrecht nach. Zwei auch heute aktuelle Fragenkomplexe leiten sich daraus ab. Zum einen geht es um die Organisation und Kontrolle von Versicherung, die sowohl besondere Funktionen erfüllen soll als auch spezifische Risiken birgt. Dieser Bereich lässt sich als Frage der Gewährleistungsverantwortung des Staates und der daraus resultierenden Regulierung bearbeiten, wie die Autorin am Beispiel der Krankenversicherung aufzeigt. Zum anderen verlangt die Umverteilung innerhalb sozialer Versicherungen nach Legitimation. Sie gelingt auf der Grundlage eines individualistischen Grundrechtsansatzes, der für jede Umverteilung eine Rechtfertigung fordert und sie aus den Gemeinwohlzielen schöpfen kann, die mit der regulierten Versicherung verfolgt werden.

Richterstaat oder Demokratie? Der Verfasser gibt eine konzise Darstellung des facettenreichen Phänomens Verfassungsgerichtsbarkeit. Bereits die erste Auflage dieses Werkes hat mit zahlreichen Gesichtspunkten die Debatte um die Verfassungsgerichtsbarkeit nicht unwesentlich beeinflusst. Inzwischen steht die ausufernde Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fokus der politischen Diskussion. In der Neuauflage wurde der Abschnitt über die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ausgebaut und der tendenziell demokratiefeindliche, methodisch oft fragwürdige Strassburger Aktivismus kritisch hinterfragt. Die Zukunft der EMRK hängt davon ab, dass man sich mit den Kritikpunkten auseinandersetzt und ihnen hinreichend Rechnung trägt. Im Hinblick auf die massiven echten Menschenrechtsverletzungen, die sich heute in Europa täglich ereignen, ist der Aufwand, den man in Strassburg mit "live-style-Menschenrechten" betreibt, nicht nachvollziehbar.

Der Autor untersucht den Umfang des Anwendungsbereichs der Unionsgrundrechte gegenüber den Mitgliedstaaten. Er schafft eine neuartige, umfassende Typologie der Konstellationen, in denen die Mitgliedstaaten aufgrund ihres Handelns im Bereich des Unionsrechts an die Unionsgrundrechte gebunden sind. Zu diesem Zweck werden Lehren aus Erfahrungen in föderalstaatlichen Grundrechtssystemen (Deutschland, USA und Schweiz) gezogen, Interaktionen zwischen dem Anwendungsbereich des Unionsrechts und den Unionsgrundrechten untersucht und die gesamte einschlägige Rechtsprechung des EuGH in ein kohärentes System eingeordnet. Mit einigen Ausnahmen erweist sich die Rechtsprechung als weitgehend überzeugend begründet. Benedikt Pirker forscht im Europäischen Verfassungsrecht, Binnenmarktrecht und Wirtschaftsvölkerrecht.

Umfassende und aktuelle Information zu Gesetzgebung in Wissenschaft und Praxis. Dieses Handbuch vermittelt umfassend und aktuell den heutigen Stand der Gesetzgebungswissenschaft, Rechtsprechung und Staatspraxis zur parlamentarischen und exekutiven Rechtsetzung in Deutschland. Das Handbuch schließt eine bislang bestehende Lücke und ist unentbehrlich für Wissenschaftler, die sich mit Fragen

Read Book Instrumente Des Individuellen Grundrechtsschutzes In Der Russischen Foederation Eine Rechtsvergleichende Betrachtung Studien Zum Internationalen Europaeischen Und Oeffentlichen

legislativer Steuerung befassen, sowie für Praktiker, die in gesetzgebenden Organen und Gremien von Regierung oder Verwaltung mit diesen Themen betraut sind. Es bietet eine Gesamtschau aller Formen und Verfahren der Gesetzgebung und Rechtsetzung auf der Ebene von Bund, Ländern und Gemeinden; die höchstrichterliche Rechtsprechung wird ebenso umfangreich berücksichtigt wie die wissenschaftliche Literatur. Die Autoren sind fachlich einschlägig ausgewiesene Wissenschaftler und mit der Materie befasste Praktiker, die über eine langjährige Erfahrung mit den behandelten Themen verfügen. Folgende Themen werden umfassend behandelt und jeweils durch mehrere Beiträge erschlossen: - Grundlagen - Die Rolle der Gubernative in der Parlamentsgesetzgebung - Parlamentarische Gesetzgebungsschritte und Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens - Gesetzgebung im Kontext supra- und internationalrechtlicher Verflechtung - Exekutive Rechtsetzung - Die Landesgesetzgebung - Besondere Erscheinungsformen der Gesetzgebung - Gesetzeskontrolle The "Jahrbuch" supplements the monographs issued in the series ("Das oeffentliche Recht der Gegenwart") and contains in addition to articles, reports on the latest legislation affecting the public law of the various states.

Die brandenburgische Landesverfassung gewährt dem einzelnen Abgeordneten ein umfassendes Informationsrecht. Es schließt die Vorlage von Akten sowie den Zugang zu den Behörden und Dienststellen des Landes ein und geht über das traditionelle parlamentarische Fragerecht weit hinaus. Die so gestärkte Rechtsstellung der Abgeordneten verändert das Verhältnis von Regierung und Parlament. Die Arbeit behandelt die historischen und theoretischen Voraussetzungen und unternimmt eine funktionale Einordnung des Informationsrechts im Verhältnis zu anderen Verfassungsbestimmungen. Die verfassungspolitische Bedeutung erweiterter Informationsrechte wird erörtert. Hierbei werden auch die Parallelen zum allgemeinen Informationszugangsrecht des Bürgers dargestellt. Die durch den Gewaltenteilungsgrundsatz gezogenen Grenzen werden näher untersucht, wobei zwischen Regierung und Verwaltung differenziert wird. In Auseinandersetzung mit der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung, insbesondere zum Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung, wird die Grenze des Informationsrechts aufgrund einer funktionalen Betrachtungsweise bestimmt und dabei dem Schutz der Entscheidungsautonomie von Regierung und Verwaltung eine maßgebliche Bedeutung beigemessen. Die im Einzelfall erforderliche Abwägung wird anhand der unterschiedlichen Funktionsbedingungen von Regierung und Verwaltung näher dargelegt. Ferner werden die durch den Grundrechtsschutz bedingten Grenzen sowie Rechtsschutzfragen erörtert.

Die Studie geht von dem ursprünglichen Defizit umfassender Grundrechtsverbürgungen im Recht der Europäischen Gemeinschaft/Union aus. Dieses Manko konnte nur teilweise durch die grundrechtsfreundliche Judikatur des EuGH ausgeglichen werden. Eine neue Dimension wurde durch die - bis zum Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages allerdings unverbindliche - Europäische Grundrechtecharta vom 7. Dezember 2000 erschlossen, die heute den zentralen Wesensgehalt des europäischen Acquis auf dem Gebiet der Grundrechte verkörpert. Abschließend wird der institutionelle, d. h. gerichtliche, Grundrechtsschutz in der Europäischen Gemeinschaft/Union analysiert. Hierbei wird die These vertreten, dass das bestehende Rechtsschutzsystem mit nur geringfügigen Änderungen so angepasst werden kann, dass es wirksame Instrumente für Individualrügen von Grundrechtsverletzungen zur Verfügung stellt. Einer besonderen Unions-Grundrechtsbeschwerde bedarf es nicht.

Andrea Leonhardt untersucht die Umsetzungsanforderungen der Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen (RL EEA) an den deutschen Gesetzgeber. Die Autorin verdeutlicht insbesondere nach einem Vergleich mit dem Europäischen Haftbefehl und der Europäischen Beweisordnung, weshalb sie für eine einheitliche zwischenstaatliche und europäische Ermittlungszusammenarbeit plädiert. Das Verwaltungsrecht stellt zunehmend Anforderungen an die internen Strukturen privater Unternehmen, die die verwaltungsrechtliche

Read Book Instrumente Des Individuellen Grundrechtsschutzes In Der Russischen Foederation Eine Rechtsvergleichende Betrachtung Studien Zum Internationalen Europaeischen Und Oeffentlichen

Bewältigung der mit der Unternehmenstätigkeit verbundenen Risiken in die Unternehmen hinein verlagern. Anhand der bankenaufsichtsrechtlichen Geschäftsorganisations- und Risikomanagementpflichten demonstriert Henning Voss, dass die Unternehmen mithilfe dieses Regelungsmodells zu einer eigenverantwortlichen Risikobewältigung im öffentlichen Interesse angehalten werden und so ihr vielfach überlegenes Wissen in den Dienst des Gemeinwohls gestellt wird. Das Wissen der Unternehmen wird damit zur Ressource staatlicher Regulierung. Diese Überlegungen sind die Grundlage, auf der sich die Arbeit im Anschluss der aufsichtsbehördlichen Überwachung der unternehmensinternen Strukturen und deren Grundrechtsschutz zuwendet.

English summary: After the EU's accession to the European Convention on Human Rights, the European Court of Human Rights will be able to rule on appeals against the EU. This not only changes each individual's situation in regard to legal protection but also means that the relationship between the European Court of Human Rights and the Court of Justice of the European Union will have to be redefined. German

description: Seit Sommer 2010 laufen die Verhandlungen über den Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention, die schon bald abgeschlossen sein sollen. Die Unterwerfung der EU unter das Konventionssystem wird zur Folge haben, dass Einzelne gegen diese künftig nicht nur vor dem EuGH vorgehen können, sondern zusätzlich auch vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Julie Vondung untersucht die damit zu erwartenden, grundlegenden Umwälzungen im europäischen Grundrechtsschutz. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass der Beitritt letztlich auch Rückwirkungen auf das unionsinterne Rechtssystem haben konnte. Zudem geht sie davon aus, dass die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen EGMR und EuGH entscheidend für die künftige Architektur des europäischen Grundrechtsschutzes sein wird.

Zu den strukturellen Herausforderungen der europäischen Integration gehört es, dass öffentliche Aufgaben zunehmend in hybriden Konstruktionen erfüllt werden, in denen verschiedene Stellen unterschiedlicher Ebenen zusammenwirken. In diesem Kontext untersucht Nikolaos I. Simantiras Netzwerke als eine sich etablierende Governance-Struktur in der Europäischen Union aus der Perspektive ihrer Verantwortungs- und Legitimationsproblematik. Auf der Suche nach möglichen alternativen Legitimationsoptionen wird aufgrund einer verfassungstheoretischen und -rechtlichen Rekonstruktion des Demokratieprinzips auch das demokratische Legitimationspotential des Individualrechtsschutzes aufgezeigt, den es in Netzwerken zu optimieren gilt. Für die rechtswissenschaftliche Erfassung der Netzwerke wählt der Autor einen funktionalen methodischen Ansatz, der die öffentlich-rechtliche Dogmatik durch die Perspektiven von Steuerung und Governance ergänzt. Dies ermöglicht nicht nur die Bewertung von faktischen Entwicklungen, sondern auch die Kombination von abstrakter Theorieverarbeitung mit der Entwicklung von praktischen Lösungen einzelner verfassungs- und verwaltungsrechtsdogmatischer Probleme des europäischen Integrationsprojekts.

Band 7 "Grundlagen des Strafverfahrensrechts" widmet sich neben den historischen und verfassungsrechtlichen Grundlagen des Strafverfahrens auch seinen Grundstrukturen, den Prozessmaximen und Verfahrensbeteiligten im Einzelnen, der Stellung und den Aufgaben der Gerichte und der erstinstanzlichen Zuständigkeit, der Tat im prozessualen Sinn und dem Strafklageverbrauch sowie Fristen und Entscheidungsformen. Konzeption: Das auf neun Bände angelegte „Handbuch des Strafrechts“ ist eine Gesamtdarstellung des deutschen Strafrechts und Strafverfahrensrechts, das nicht über Kommentierungen einzelner Vorschriften, sondern in Form themenspezifischer Abhandlungen erschlossen wird. Es besteht aus drei Sektionen, von denen die erste die Grundlagen sowie den Allgemeinen Teil des Strafrechts behandelt, die zweite den Besonderen Teil mit ausgesuchten Teildisziplinen des Strafrechts und die dritte das Strafverfahrensrecht. Das Handbuch des Strafrechts stellt dezidiert die Dogmatik in den Mittelpunkt. Es berücksichtigt vor allem die

Read Book Instrumente Des Individuellen Grundrechtsschutzes In Der Russischen Foederation Eine Rechtsvergleichende Betrachtung Studien Zum Internationalen Europaeischen Und Oeffentlichen

Grundlagen und deren Fortentwicklung. Losgelöst von den Herausforderungen des Augenblicks und des Einzelfalls begleitet es die Entwicklung des deutschen Strafrechts beständig und dauerhaft aus einer kritischen Distanz. Es trägt dazu bei, andere strafrechtswissenschaftliche Untersuchungen auf ein solides Fundament zu stellen. Aufgrund von Interdisziplinarität und Einbeziehung europäischer und internationaler Tendenzen ist das Werk über die nationalen Grenzen hinaus für die gesamte strafrechtliche Forschung und Praxis von Interesse.

Die Autorin widmet sich dem individuellen Grundrechtsschutz in der Russischen Föderation aus fortlaufend rechtsvergleichender Perspektive. Unter Berücksichtigung russischer rechtskultureller Besonderheiten untersucht sie das Grundrechtsverständnis, die verfassungsrechtlichen Vorgaben zum Grundrechtsschutz sowie die einfachrechtlichen Schutzinstrumente in Russland und Deutschland. Zudem beleuchtet die Autorin spezifische Probleme des gerichtlichen Grundrechtsschutzes in der russischen Rechtswirklichkeit. Sie gelangt zu dem Ergebnis, dass sich der russische Grundrechtsschutz normativ, aber auch rechtskulturell in einem anhaltenden Transformationsprozess befindet.

Biometrische Daten werden in immer mehr Bereichen eingesetzt – sowohl durch den Staat als auch durch Private. Welche Konsequenzen hat dies für das informationelle Selbstbestimmungsrecht der davon betroffenen Individuen? Die vorliegende Arbeit zeigt die Grenzen und Rahmenbedingungen auf, welche das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung für die Bearbeitung biometrischer Daten vorgibt. Die Autorin analysiert neben den Bestimmungen des schweizerischen Rechts rechtsvergleichend auch jene des Rechts des Europarats und der Europäischen Union (unter Berücksichtigung der aktuellen Revisionen), des polnischen Rechts als Beispielmitgliedstaat sowie des Rechts der Vereinigten Staaten. Anhand der Prüfung verschiedener Einsatzbereiche biometrischer Daten (zum Beispiel biometrischer Pass, Strafverfolgung oder soziale Netzwerke) auf ihre Vereinbarkeit mit den grundrechtlichen Garantien werden die Problemfelder veranschaulicht und die besondere Schutzbedürftigkeit biometrischer Daten verdeutlicht.

In der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung ist in jüngerer Zeit die Tendenz zu beobachten, eine Prüfung der Verhältnismäßigkeit im Einzelfall auch bei gesetzlich zwingend angeordneter Rechtsfolge durchzuführen. Das wirft grundsätzliche Fragen der Gesetzesbindung und Gewaltengliederung auf. Das Werk arbeitet diesen Befund systematisch auf und entwickelt insbesondere Kategorien, die es ermöglichen, Scheinprobleme von solchen Fällen zu unterscheiden, in denen ein von den Gerichten angenommener, verfassungsrechtlich begründeter Verhältnismäßigkeitsvorbehalt tatsächlich in Konflikt mit der gesetzgeberischen Regelung tritt. Weiterhin werden die Typisierungsbefugnis des Gesetzgebers sowie die Norm des Art. 100 GG als wichtige Schaltstellen identifiziert, die bestimmen, wie weit ein Verhältnismäßigkeitsvorbehalt bei gebundenen Entscheidungen reichen kann.

Brachflächen wachsen. Diese Erkenntnis ist unbestritten. Bundesweit ist ein Brachflächenbestand von weit über 100.000 ha vorhanden. Diese Flächenressourcen gilt es für die künftige Siedlungsentwicklung und zum Schutz des Freiraums zu reaktivieren. Dabei stellt die Wiedernutzung von Brachflächen nicht nur neue Herausforderungen an die Raum- und Stadtplanung, sondern auch an die rechtliche Bewältigung der damit einhergehenden planungsrechtlichen und sonstigen juristischen Fragen. Christof Austermann untersucht nach einer Bestandsaufnahme zur aktuellen Verfügbarkeit von insbesondere innerstädtischen

Read Book Instrumente Des Individuellen Grundrechtsschutzes In Der Russischen Foederation Eine Rechtsvergleichende Betrachtung Studien Zum Internationalen Europaeischen Und Oeffentlichen

Brachflächen das bestehende Rechtsinstrumentarium zur Umwidmung dieser Areale. Daran schliessen sich Handlungsempfehlungen im Umgang mit Brachflächen für die Praxis und die Erarbeitung von Gesetzgebungsvorschlägen zur Förderung der Brachflächenreaktivierung an, und auch die Interessen der Planungspraxis finden Eingang in die Arbeit. Die bisher erschienenen Bände der Edition „Ius Publicum Europaeum“ behandeln das Verfassungsrecht nebst Verfassungsprozessrecht und das Verwaltungsrecht im Lichte des gemeinsamen europäischen Rechtsraums. Dargestellt werden die Grundstrukturen der nationalen Verfassungen und deren Wissenschaft in repräsentativ ausgewählten Mitgliedstaaten der Europäischen Union, darunter die Gründerstaaten Deutschland, Frankreich und Italien. Die Idee dieses Handbuchs ist es, die unter dem Einfluss des europäischen Rechts stehenden nationalen Rechtsordnungen einer rechtsvergleichenden Analyse zu unterziehen und dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzuzeigen. Ausgangspunkt ist jeweils das nationale Recht. Die einzelnen Länderberichte sind nach einheitlichen Kriterien erstellt und erläutern die jeweiligen nationalen Grundlagen, so dass die Rechtsordnungen der einzelnen Staaten sehr gut miteinander vergleichbar sind. Führende Staats- und Verwaltungsrechtler aus ganz Europa wirken als Autoren an dieser Edition mit. Inhalt: Band I: Grundlagen und Grundzüge staatlichen Verfassungsrechts Band II: Offene Staatlichkeit - Wissenschaft vom Verfassungsrecht Band III: Verwaltungsrecht in Europa: Grundlagen Band IV: Verwaltungsrecht in Europa: Wissenschaft Band V. Verwaltungsrecht in Europa: Grundzüge Band VI: Verfassungsgerichtsbarkeit in Europa: Institutionen

Instrumente Des Individuellen Grundrechtsschutzes in Der Russischen Foederation Peter Lang GmbH, Internationaler Verlag Der Wissenschaften

Die europäische und die deutsche Gesetzgebung setzen im Bereich des Umweltrechts vermehrt auf neue Formen und Instrumente der Verhaltenssteuerung, um die erwünschten Umweltziele zu erreichen. Vielfach findet hierbei eine Mehrzahl an Regelungen nebeneinander beziehungsweise simultan Anwendung. Infolge der Kombination und Kumulation unterschiedlicher Instrumente kann es zu einer Summierung freiheitsbeeinträchtigender Wirkungen kommen, die von der geltenden Grundrechtsdogmatik nur unzureichend erfasst wird. Vor diesem Hintergrund untersucht Eun-Kyung Lee die bestehenden Ansätze in Literatur und Rechtsprechung und entwickelt ein eigenes Modell für die Prüfung der Gesamtverhältnismässigkeit kumulierender Massnahmen. Dabei zieht sie das besonders von experimenteller Gesetzgebung geprägte Energieumweltrecht als Referenzgebiet für den erarbeiteten eigenen Ansatz heran.

Andrea Edenharter arbeitet heraus, auf welche Art und Weise in den föderal aufgebauten Systemen Deutschlands und der Schweiz sowie ihren jeweiligen historischen Vorläufern Grundrechtsschutz gewährleistet wurde bzw. wird. Auf dieser Basis gewinnt sie Ansätze für die Weiterentwicklung des Grundrechtsschutzes in der EU. Dabei zeigt sie, wie einerseits die Rechtseinheit gewahrt, gleichzeitig aber auch eine rechtliche, gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt ermöglicht und eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen den beteiligten Gerichten erreicht werden kann. Ausserdem untersucht die Autorin, inwieweit sich das vom EGMR entwickelte Konzept der margin of appreciation -Doktrin auf den unionalen Grundrechtsschutz übertragen lässt und

welche Konsequenzen eine derartige Übertragung auf die Grundrechtsjudikatur des EuGH hatte.

Aus pointierter straftheoretischer, rechtsstaatlicher und verfassungsrechtlicher Position wird die Bedeutung der Unabhängigkeit der Dritten Gewalt als Garant eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens hervorgehoben, weil nur sie in Korrelation mit der Gewaltenteilung die Machtbegrenzung des Staates zu sichern vermag. Es werden Entwicklungslinien im Strafrecht dargestellt, die das Ersetzen des rechtsstaatlichen Strafrechts durch ein rechtlich anspruchsloses, opportunes und konsensorientiertes Präventionsparadigma belegen. Als Folge wird die Marginalisierung der Unabhängigkeit der Dritten Gewalt resümiert, weil das moderne Präventionsstrafrecht primär auf Effizienz und Flexibilisierung angelegt ist, nicht aber auf Prinzipienorientierung und Rechtsstaatlichkeit.

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation und dem Wegfall der gemeinsamen Bedrohung durch die Sowjetunion hat sich das Konfliktpotential zwischen Europa und den USA deutlich erhöht. Seither haben die transatlantischen Beziehungen extreme Höhen und Tiefen erlebt: Auf die breite Welle der Solidarisierung mit den Vereinigten Staaten in Europa nach dem 11. September 2001 folgten mit den Auseinandersetzungen über den Irakkrieg schon bald die heftigsten Erschütterungen seit mehr als fünf Jahrzehnten. Dennoch bilden die transatlantischen Beziehungen unverändert den Kern der internationalen Ordnung. In allen Sachbereichen der Politik: Sicherheit, Wohlfahrt und Herrschaft ist das transatlantische Verhältnis zugleich von Kooperation und Konflikt geprägt. Der vorliegende Band analysiert dieses komplexe Beziehungsgeflecht auf den Feldern der äußeren und inneren Sicherheit, der Wirtschaft und der Öffentlichkeit. Er bietet somit eine umfassende und aktuelle Darstellung der transatlantischen Beziehungen der Gegenwart.

English summary: Taking the highest judicial authority into account, Judith Sawang examines if and how trade and industrial secrets can be brought into arbitral proceedings without having to forego the protection of secrecy vis-a-vis the opposing party. German description: Die Intensivierung der internationalen Handelsbeziehungen hat zu einer hohen Akzeptanz von Schiedsverfahren geführt. Gleichzeitig gehört die Geheimhaltung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen zu den zentralen Bedürfnissen einer funktionierenden Marktwirtschaft. Dennoch werden Unternehmensgeheimnisse bislang weder im Zivilprozess noch im Schiedsverfahren effektiv geschützt. Insbesondere gibt es keine oder nur unzureichende Mittel, streitentscheidende Unternehmensgeheimnisse in den Prozess einzubringen, ohne sie - zumindest nach herkömmlicher Ansicht - zugleich dem Gegner, häufig einem unliebsamen Konkurrenten, preiszugeben. Oftmals verliert die beweisbelastete Partei folglich entweder ihr Geheimnis oder den Prozess. Unter Berücksichtigung hochstrichterlicher Rechtsprechung untersucht Judith Sawang, ob und wie ein Schiedsgericht nach deutschem Schiedsverfahrensrecht hier Abhilfe schaffen kann. Die Arbeit wurde mit dem DIS-

Read Book Instrumente Des Individuellen Grundrechtsschutzes In Der Russischen Foederation Eine Rechtsvergleichende Betrachtung Studien Zum Internationalen Europaeischen Und Oeffentlichen

Förderpreis der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. 2011/2012 für eine hervorragende wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der Schiedsgerichtsbarkeit ausgezeichnet.

This book assesses the normative and practical challenges for artificial intelligence (AI) regulation, offers comprehensive information on the laws that currently shape or restrict the design or use of AI, and develops policy recommendations for those areas in which regulation is most urgently needed. By gathering contributions from scholars who are experts in their respective fields of legal research, it demonstrates that AI regulation is not a specialized sub-discipline, but affects the entire legal system and thus concerns all lawyers. Machine learning-based technology, which lies at the heart of what is commonly referred to as AI, is increasingly being employed to make policy and business decisions with broad social impacts, and therefore runs the risk of causing wide-scale damage. At the same time, AI technology is becoming more and more complex and difficult to understand, making it harder to determine whether or not it is being used in accordance with the law. In light of this situation, even tech enthusiasts are calling for stricter regulation of AI. Legislators, too, are stepping in and have begun to pass AI laws, including the prohibition of automated decision-making systems in Article 22 of the General Data Protection Regulation, the New York City AI transparency bill, and the 2017 amendments to the German Cartel Act and German Administrative Procedure Act. While the belief that something needs to be done is widely shared, there is far less clarity about what exactly can or should be done, or what effective regulation might look like. The book is divided into two major parts, the first of which focuses on features common to most AI systems, and explores how they relate to the legal framework for data-driven technologies, which already exists in the form of (national and supra-national) constitutional law, EU data protection and competition law, and anti-discrimination law. In the second part, the book examines in detail a number of relevant sectors in which AI is increasingly shaping decision-making processes, ranging from the notorious social media and the legal, financial and healthcare industries, to fields like law enforcement and tax law, in which we can observe how regulation by AI is becoming a reality.

Die Edition „Ius Publicum Europaeum“ behandelt das Verfassungsrecht nebst Verfassungsprozessrecht und das Verwaltungsrecht im Lichte des gemeinsamen europäischen Rechtsraums. Dargestellt werden die Grundstrukturen der nationalen Verfassungen und deren Wissenschaft in repräsentativ ausgewählten Mitgliedstaaten der Europäischen Union, darunter die Gründerstaaten Deutschland, Frankreich und Italien. Die Idee dieses Handbuchs ist es, die unter dem Einfluss des europäischen Rechts stehenden nationalen Rechtsordnungen einer rechtsvergleichenden Analyse zu unterziehen und dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzuzeigen. Ausgangspunkt ist jeweils das nationale Recht. Die einzelnen Länderberichte sind nach einheitlichen Kriterien erstellt und erläutern die jeweiligen nationalen Grundlagen, so dass die Rechtsordnungen der einzelnen Staaten sehr gut miteinander vergleichbar sind. Führende

Read Book Instrumente Des Individuellen Grundrechtsschutzes In Der Russischen Foederation Eine Rechtsvergleichende Betrachtung Studien Zum Internationalen Europaeischen Und Oeffentlichen

Staats- und Verwaltungsrechtler aus ganz Europa wirken als Autoren an dieser Edition mit. Zunächst werden die historischen Grundlagen und dogmatischen Grundzüge der Verfassungs- und Regierungssysteme untersucht sowie die ihre Identität prägenden Entscheidungen herausgearbeitet. Den Beiträgen liegt ein einheitliche Gliederung zugrunde, die alle relevanten rechtsvergleichenden Gesichtspunkte beinhaltet. Gemeinsamkeiten und Unterschiede werden analysiert, bedeutsame rechtsvergleichende Gesichtspunkte beleuchtet und ein Ausblick auf ein gemeinsames europäisches Verfassungsrecht formuliert. Im Anschluss wird unter dem Stichwort „Offene Staatlichkeit“ das nationale Europaverfassungsrecht behandelt. Eine wesentliche Rolle spielen insbesondere die Öffnung der Rechtsordnungen für das Europarecht, die Anforderungen nationaler Struktursicherungsklauseln an die Verfassung der EU und die Grenzen einer Europäisierung verfassungsrechtlicher Institutionen (u.a. Gewaltenteilung, Demokratieprinzip, Bürgerrechte, Gesetzgebungs- und Verordnungsrecht, Finanzverfassung). Schließlich wird die Wissenschaft vom Verfassungsrecht in den einzelnen Staaten untersucht.

[Copyright: b2324e8ffe8d43529df34245f726dd4e](#)